

**jetzt H-01/01 (Gemeinsam gegen Hass - Antrag
zur Schaffung einer Stelle zur bundesweiten
Beratung von Mitgliedern von Bündnis 90/Die
Grünen in Fällen von politisch motivierten Bedrohungen und
Angriffen)**



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Hannah Marie Neumann (Berlin-Lichtenberg KV)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 V-11 und V-12 sind geeint in H-01/01
- 2 Alter Antragstext:
- 3 Wir Grünen machen uns gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung stark; wir
- 4 engagieren uns für Solidarität, Menschlichkeit und Demokratie. Das gefällt nicht allen,
- 5 manche reagieren darauf mit geballtem Hass. In den letzten Jahren gab es immer wieder
- 6 politisch motivierte Angriffe auf ehrenamtlich aktive und politisch sichtbare Mitglieder von
- 7 Bündnis 90/Die Grünen. Die Fälle von Hate Speech im Netz, Verleumdungen, Bedrohungen
- 8 (auch
- 9 von Familienmitgliedern), tätlichen Angriffe, Sachbeschädigung von Geschäftsstellen oder
- 10 Privathäusern etc. nehmen leider zu und sie beschränken sich längst nicht mehr nur auf
- 11 medial sichtbare und prominente Vertreter*innen unserer Partei. Auch
- 12 Kommunalpolitiker*innen, Kreisvorstände oder LAG Mitglieder sind betroffen und es ist zu
- 13 erwarten, dass die Zahl der Angriffe mit der Zunahme von kommunalpolitischen Mandaten
- 14 weiter
- 15 steigen wird.
- 16 So sehr diese Angriffe zeigen, dass unser leidenschaftlicher Einsatz wirkt; mit ihnen geht
- 17 auch eine starke psychische und physische Belastung für die Betroffenen einher. Meist ist
- 18 der Hass dort am extremsten, wo es unseres Eintretens für Demokratie und Menschlichkeit am
- 19 stärksten bedarf. Er trifft vor allem unmittelbar diejenigen, die sich vor Ort meist
- 20 ehrenamtlich für Grüne Inhalte stark machen. Dem gemeinsam entgegen zu treten und
- 21 diejenigen
- 22 zu unterstützen, die sich dieser Aufgabe stellen, ist auch eine Frage der innerparteilichen
- 23 bündnisgrünen Solidarität.
- 24 Bisher gelingt es Bundes- und Landesbehörden nur mangelhaft, politisch aktive Menschen vor
- 25 derartigen Angriffen zu schützen. Deswegen wirken unsere Bundestags- und Landtagsfraktionen
- in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich bereits auf die Schaffung derartiger Beratungs-
- und Unterstützungsangebote hin. Bis aber ein flächendeckendes und verlässliches
- bundesweites
- Netz an Anlaufstellen geschaffen ist, ist es Aufgabe der Partei Bündnis 90/Die Grünen ihre

- 26 Mitglieder vor solchen Übergriffen bestmöglich zu schützen, sie bei konkreten Vorfällen zu
27 beraten und Strategien zu entwickeln, um die Zahl und das Ausmaß der Angriffe so gering wie
28 möglich zu halten. Die Vermittlung einer adhoc Rechtsberatung, wie sie die
29 Bundesgeschäftsstelle bereits anbietet, ist ein guter erster Schritt. Sie reicht aber nicht
30 aus.
- 31 Deswegen fordern wir den Bundesvorstand auf, in Kooperation mit den Landes- und
32 Kommunalverbänden mit dem nächsten Haushaltsjahr eine Stelle zu schaffen, die
- 33 • für Mitglieder in Bedrohungssituationen telefonisch erreichbar ist und Nothilfe
34 leistet bzw. passende weiterführende Angebote und Schritte bespricht und den Weg
35 begleitet (bspw. Rechtsanwalt, mobile Beratung, Meldesperre, psychologische
36 Unterstützung, Polizei, Staatsanwaltschaft),
 - 37 • die aktuelle Bedrohungslage im Blick behält und potentiell gefährdete Mitglieder
38 (bspw. bei Neuaufnahme eines kommunalpolitischen Mandats in Risikoregionen) zu
39 möglichen Sicherheitsmaßnahmen berät und
 - 40 • derartige Vorfälle anonymisiert dokumentiert und so Veränderungen in der
41 Bedrohungslage analysiert und transparent macht. Diese Analyse kann dazu dienen, den
42 Druck auf staatliche Behörden zu erhöhen und entsprechende Anlaufstellen auf allen
43 Ebenen zu schaffen.

Begründung

Der Antrag wird mit Beschluss vom 29.09.2019 von der BAG Demokratie und Recht unterstützt.

weitere Antragsteller*innen

Sabrina Staats-Kriszeleit (Main-Taunus KV); Paula Louise Piechotta (Leipzig KV); Mathias Engling (NWM/Wismar KV); Gollaleh Ahmadi (Berlin-Spandau KV); Madeleine Henfling (Ilm-Kreis KV); Laura Sophie Dornheim (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Kathrin Klaas (Frankfurt KV); Mona Hille (Berlin-Mitte KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV); Julia Eberz (Frankfurt KV); Peter Heilrath (München KV); Alexandra Alth (Reutlingen KV); Stephanie Schuhknecht (Augsburg-Stadt KV); Anett Dreisvogt (Hameln-Pyrmont KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Stefan Wolters (Köln KV); Felix Holefleisch (Bremen-Mitte KV); Jonathan Sieger (Köln KV); sowie 69 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.